

Geldtheorie

„Man sollte alles so einfach wie möglich sehen – aber auch nicht einfacher.“

Albert Einstein

Der folgende Text des Freiwirtschaftlers Hermann Bartels ist wie kein zweiter geeignet, die Funktion des Geldes als in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unverzichtbares, gesetzliches Zwischentauschmittel allgemeinverständlich und wissenschaftlich korrekt zu erklären. Ich habe den Text vollständig überarbeitet, auf das Wesentliche gekürzt und dabei einige Formulierungen geändert und kleinere Fehler korrigiert, um Missverständnisse auszuschließen. Lediglich an staatlichen Hochschulen indoktrinierte „Wirtschaftsexperten“ sowie vom kollektiv Unbewussten gewählte „Spitzenpolitiker“ (Vorurteilsträger) können auf gewisse Verständnisschwierigkeiten stoßen:

Die Geldtheorie Silvio Gesells

Geld ist eine Erscheinung der entwickelten Warenerzeugung, die nicht nur über die Urstufe der Eigenbedarfswirtschaft hinausgelangt, sondern schon soweit fortgeschritten ist, dass der direkte Naturaltausch der produzierten Waren zu schwerfällig wird. Unter „Ware“ ist hier dasjenige Produkt zu verstehen, das dem Hersteller nicht unmittelbar nützlich ist, sondern nur als Tauschobjekt zur Erlangung der Produkte eines anderen. Diese Warenproduktion ist das Wesensmerkmal der arbeitsteiligen Wirtschaft, die allein leistungsfähig genug ist, um die Bedürfnisse der heutigen Menschheit zu erfüllen. Wie wenig der Naturaltausch der Arbeitsteilung unserer Zeit entspricht, haben die Jahre von 1945 bis 1948 gezeigt, als das Geld seine Funktion als Tauschmittel kaum noch erfüllen konnte.

Die moderne Wirtschaft bedarf also des Geldes als einer Universalware, die sich gegen alle anderen Waren tauschen lässt. Die Urformen des Geldes in der Wirtschaftsgeschichte waren verschiedene, in erster Linie kamen jedoch schon frühzeitig Edelmetalle in Betracht. Sie weisen als Stoff diejenigen Eigenschaften auf, die das Tauschmittel als solches geeignet machen: Sie sind nicht beliebig vermehrbar, verhältnismäßig selten (sodass ihnen, verglichen mit den anderen Waren, ein relativ hoher Wert beigelegt wird) und in der Wirtschaft ansonsten ziemlich nutzlos, da sie sich zu nichts außer der Herstellung von Schmuck eignen (sodass sie nicht durch Verbrauch vom Markt verschwinden). Diese Herkunft des Geldes vom Gold hat jahrhundertlang zu dem Irrtum geführt, die Funktion des Geldes in der Wirtschaft sei vom Geldstoff abhängig, weil man sich nicht vorstellen konnte, dass auch Geld aus anderen Stoffen, etwa Papier, die angeführten Eigenschaften besitzen könne. Man glaubte (wie es etwa die Vertreter der so genannten „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ noch heute glauben), das Geld müsse einen „inneren Wert“ haben, den das Edelmetall darstellte. Diese Vorstellung ist durch die Praxis schneller als durch die Wissenschaft widerlegt worden. Heute ist es eine allgemeine Erkenntnis, dass der „Wert“ des Geldes auf dem Markt keine Rolle spielt, sondern nur die Kaufkraft. Diese ist ausgedrückt in der Menge der Waren, die man für die Geldeinheit bekommt, oder, von den Waren aus gesehen, im Preis. Wie der Preis – unabhängig vom Geldstoff – zustande kommt, soll später dargestellt werden.

Die Lösung des Geldes vom Edelmetall hat sich schrittweise vollzogen. Der Keim hierzu wurde bereits in dem Augenblick gelegt, als der Staat sich des Geldes annahm und die Metallstückchen mit seinem Stempel versah. Dieser Stempel war zunächst nur eine Gewichtsgarantie. Später ging man aus fiskalischen Gründen dazu über, untergewichtige oder aus weniger edelmetallhaltigen Legierungen bestehende Münzen als vollwertig abzustempeln, und die Erfahrung zeigte, dass die Kaufkraft, wenn überhaupt, so doch nicht in dem Maße der Stoffminderung sank. Entscheidend war der Übergang zum Papiergeld. Dem lag zunächst nur der Gedanke zugrunde, dass an die Stelle des Metalls auch ein Papier treten könne, das der Staat gegen Metall einzulösen verspricht, das also gewissermaßen das Metall vertritt, aber leichter zu handhaben ist. Demgemäß musste eine entsprechende Menge Geldmetall eingelagert werden, um dem Papiergeld „volle Deckung“ zu verleihen. Ein wertloses, trotzdem aber kaufkräftiges Geld schien zunächst undenkbar. Sehr bald gab man das Prinzip der vollen Deckung auf, hielt aber an dem Einlösungsversprechen noch jahrzehntelang fest. Dieses Versprechen glaubte man allerdings auch geben zu können, ohne Goldreserven in Höhe des ausgegebenen Papiergeldes zu besitzen, da nicht zu erwarten war, dass alle Papiergeldbesitzer von dem Recht der Einlösung gleichzeitig Gebrauch machen würden. So setzte man die Deckung auf die Hälfte, ein Drittel oder weniger herab. Reine Papierwährung ohne Deckung und ohne Einlöseversprechen gibt es, von unbedeutenden Vorläufern abgesehen, seit etwa 50 Jahren. Unsere Deutsche Mark ist ein deutliches Beispiel dafür, dass solches Geld gleichwohl seine Funktion besser erfüllen kann als dasjenige anderer Länder.

Wie kommt die Kaufkraft dieses reinen Papiergeldes zustande?

Der Staat ist in der Lage, dem Papier diejenigen Eigenschaften zu verleihen, die es von Natur aus dem Edelmetall ermöglichen, als Geld zu dienen. Er braucht nur die von ihm bedruckten Scheine zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und dafür sorgen, dass sie relativ selten bleiben. Dass sie durch Verarbeitung vom Markt abwandern, ist noch weniger als beim Gold zu befürchten. Erfüllt das Papiergeld diese Voraussetzungen, dann ist es genauso unentbehrlich wie die Arbeitsteilung in der Wirtschaft. Wer an dem Gütertausch teilnehmen will, muss danach trachten, seiner habhaft zu werden. Die Intensität dieses Strebens ist es, was dem Geld Kaufkraft verleiht. Wer Waren erzeugt, muss sie gegen Geld, auch wenn es Papiergeld ist, anbieten, weil er dieses Geld haben muss, um seinerseits Waren kaufen zu können, die er braucht. Diese Erkenntnis, heute schon fast eine Binsenwahrheit, erscheint in der volkswirtschaftlichen Literatur erstmalig im Werke Gesells.

Man könnte zur Verteidigung der Goldwährung anführen, dass sie immerhin eine übermäßige Geldausgabe durch den Staat verhindere. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, dass eine auch nur einigermaßen ausreichende Garantie für die Erhaltung der Kaufkraft in der Goldwährung nicht gegeben ist. Der Staat kann die Deckungsquote herabsetzen. Der Goldvorrat ist äußerst variabel; er hängt von der Außenhandelspolitik und von Goldfunden ab. Viel exakter kann die Geldausgabe durch Bindung der Währung an den Preisindex gesteuert werden. Dem System der Indexwährung wollen wir uns nunmehr zuwenden.

Es gilt zunächst zu ermitteln, von welchen Faktoren die Kaufkraft des Geldes, auf die wir ja Einfluss gewinnen wollen, abhängig ist. Die Kaufkraft des Geldes steht im Verhältnis zu den

Waren und findet ihren Ausdruck im Warendurchschnittspreis. Dieser ist, freie Marktverhältnisse vorausgesetzt, der exakte Quotient aus Nachfrage und Angebot. Beim Einzelpreis ist uns das geläufig. Wird z. B. das Schweineangebot knapp, so steigen die Preise für Schweinefleisch; stellt sich die Bevölkerung dann auf Rindfleisch um und geht dadurch die Nachfrage nach Schweinen zurück, so fallen die Preise wieder. Dieses Gesetz gilt auch für die Gesamtmarktlage, nur sind hier die preisbildenden Faktoren „Angebot“ und „Nachfrage“ Sammelbegriffe für eine Fülle von Einzelercheinungen. Das Angebot ist identisch mit der zum Verkauf anstehenden Warenmenge, die ihrerseits abhängig ist von der Wareneinfuhr zum Markt und der Abfuhr vom Markt. Zuführt wird zwar nicht jedes produzierte Gut, aber wohl jede produzierte „Ware“. Insofern wirken die Produktionselemente (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapazität der Produktionsmittel) auf das Angebot ein. Die Abfuhr entspricht dem Umsatz, ist also von den Marktverhältnissen abhängig. Zu erstreben ist, dass die Abfuhr ohne Stockungen verläuft, denn davon hängt die Vollbetriebswirtschaft ab. Nachfrage wird mit Geld gehalten. Käme es hier wie beim Angebot nur auf die Geldmenge an, dann hätten wir die einfache Formel:

$$\text{Preisstand (P)} = \text{Geldmenge (G)} / \text{Warenmenge (W)}$$

Dieser Formel hat sich die so genannte „rohe Quantitätstheorie“ bedient. Sie ist jedoch fehlerhaft. Zunächst einmal hält nicht alles Geld Nachfrage. Das liegt daran, dass das Geld in seiner jetzigen Form nicht nur Tauschmittel, sondern zugleich Sparmittel (Wertaufbewahrungsmittel) ist. Man kann es ohne Verlust am Nennwert horten (in bar oder auf Girokonten liquide halten), was man mit den Waren, halbwegs normale Zeiten vorausgesetzt, wegen ihrer Verderblichkeit, Modeabhängigkeit, Lagerkosten usw. nicht tun kann. Gehortetes Geld aber hält keine Nachfrage. Sodann unterscheidet sich das Geld von den Waren dadurch, dass die Waren nach Verlassen des Marktes entweder in den Verbrauch gehen oder – als Anlagegüter – zur Produktion zurückkehren, während das Geld wieder auf den Markt gelangt. Wie man die Waren einem Strom vergleichen kann, der den Markt passiert, gleicht das Geld einem Schöpftrad, das umso mehr Wasser transportiert, je schneller es sich dreht. Die Umlaufgeschwindigkeit (effektive Umlauffrequenz f_U) des Geldes ist also für den Preisfaktor „Nachfrage“ von großer Bedeutung. Dabei ist gehortetes Geld solches mit $f_U = \text{Null}$.

(Anmerkung: Auf Girokonten liquide gehaltene Geldansprüche dienen hauptsächlich der Spekulation. Wenn z. B. die Ladung eines Erdöl-Tankers während seiner Reise mehrfach von Spekulanten gekauft und verkauft wird, um durch künstliche Verknappung den Ölpreis hochzutreiben, wird damit zwar viel Geld hin- und herbewegt. Relevant für den Marktpreis des Erdöls ist aber nur der Verkauf vom letzten Spekulanten an die Raffinerie. Die durch die Wertaufbewahrungs(un)funktion des herkömmlichen Geldes (Zinsgeld) überhaupt erst ermöglichte Spekulation ist also keine Geldbewegung im marktwirtschaftlich relevanten Sinne, sodass kurzfristig verfügbare Geldansprüche auf Girokonten, mit denen in großem Stil spekuliert wird, als gehortetes Geld mit einer für die Realwirtschaft effektiven Umlauffrequenz nahe Null anzusehen sind. Börsenspekulationen gehören nicht zum BIP.)

Wir kommen damit zu der Formel der von dem Schweizer Gesell-Anhänger Theophil Christen aufgestellten „bereinigten Quantitätstheorie“:

$$P = (G \times f_U) / W$$

Die Christensche Formel lässt sogleich erkennen, an welcher Stelle die Währungspolitik Einfluss nehmen kann: Sie kann den Faktor G durch Mehrausgaben oder Einzug von Geld regulieren. Mindestens nach oben kann man die Geldmenge begrenzen. Auf dem Markt kann nicht mehr Geld erscheinen, als in Verkehr gesetzt worden ist. Allerdings kann man nicht verhindern, dass Teile der ausgegebenen Geldmenge gehortet werden. Man hat auch die effektive Umlauffrequenz ($f_U = \text{BIP} / \text{Zentralbank-Geldmenge}$) nicht in der Hand. Nur wenn man die Kaufkraft des Geldes ständig pendeln lässt (Währungspfung), kann man darauf einen Einfluss nehmen. Die Umlauffrequenz folgt nämlich in der Regel der Preisbewegung nach. Steigende Preise reizen die Kauflust, fallende lähmen sie. Die Kauflust ihrerseits ist der wesentlichste Motor der Umlauffrequenz des Geldes.

Erreicht man also durch Veränderung von G eine Bewegung von P, so ändert sich f_U entsprechend. Dieser – im Übrigen nicht ungefährliche, leicht zur Schraube ohne Ende werdende – Mechanismus versagt aber bei stabiler Kaufkraft, die doch das Ideal sein sollte. Nun wird allerdings vielfach bezweifelt, ob stabile Kaufkraft volkswirtschaftlich wünschenswert ist. Eine Währungspolitik, welche die Preise in leichter Aufwärtsbewegung hält (schleichende Inflation), hat sich als recht erfolgreich erwiesen. Wie das kommt, wird am ehesten klar, wenn man vom Gegenteil, der allmählichen Preissenkung, ausgeht. Es war bereits davon die Rede, dass sinkende Preise die Kauflust hemmen. Alle Käufe, die nicht dem dringlichen Bedarf dienen, werden bei sinkenden Preisen verzögert in der Hoffnung, durch Ausnutzung des Preisfalls Gewinne zu erzielen. Das hat Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Wirtschaftsgeschichte hat das erwiesen. Sehr deutlich erkennt man diese Abhängigkeit von Arbeitslosigkeit und Preisabbau am Ablauf der großen Krise 1930 bis 1933. Aber auch die jüngere Vergangenheit bietet ein warnendes Beispiel: Im Laufe des Jahres 1949 setzte einmal nach lebhaften Protesten gegen Preissteigerungen für wenige Monate eine rückläufige Preisbewegung ein. Gerade in dieser Zeit aber stieg die Arbeitslosigkeit von fast Null auf 2 Millionen. So populär die Forderung nach Preissenkung ist, so nachdrücklich muss eine verantwortungsbewusste Wirtschaftspolitik sie gerade im Interesse der Arbeiterschaft ablehnen. Erhält man die Preise stabil, so kann einem die Hortbarkeit des Geldes leicht einen Streich spielen. Die Hortung kann rein wirtschaftliche Gründe haben: Sie wird einsetzen, sobald bei Sättigung des Kapitalmarktes der Zins sinkt. Sie kann auch auf der Steuerpolitik beruhen; diese mag vielfach dazu führen, gewonnenes Geld zu verbergen, um es vor dem Steuerabzug zu bewahren. Nun kann man die Hortung ausgleichen durch Ausgabe neuen Geldes an Stelle des gehorteten. Das wird aber in dem gleichen Augenblick gefährlich, wenn durch irgendwelche Einflüsse (man denke an den Korea-Boom) das gehortete Geld zum Vorschein kommt. Dann laufen die Preise leicht davon, bevor man durch Geldeinzug die Entwicklung bremsen kann. Leicht ansteigende Preise aber halten den Geldumlauf in ständiger Bewegung. Der allmähliche Kaufkraftverlust vertritt beim Geld den Lagerverlust der Waren und unterwirft das Geld wie die Ware dem Angebotszwang. Der Nachteil aber ist, dass dieser Kaufkraftverlust nicht nur das Geld betrifft, sondern auch alle auf Geld lautenden Schuldverträge (langfristige Geldansprüche). Dadurch wird langfristiges Sparen behindert, sodass besondere Maßnahmen zur Förderung der Investition nötig werden. Außerdem widerspricht es der Gerechtigkeit, dass Schuldverträge später mit einem minder kaufkräftigen Geld erfüllt werden.

Stehen wir hier vor einem ausweglosen Dilemma der Marktwirtschaft?

Man kommt aus der Schwierigkeit heraus, wenn es gelingt, die Kaufkraft des Geldes zu stabilisieren und dennoch das Geld mit dem Angebotszwang der Waren zu versehen. Das würde die Vorteile stabiler Währung mit den Vorteilen der sanften Abwertung (im Verhältnis zu den Waren, nicht zu ausländischer Valuta) verbinden. Hier nun setzt die Kernidee der Lehre Gesells ein, von der er in seiner Bescheidenheit sagte, sie sei durch Zufall in ihm aufgestiegen. Man muss **unterscheiden zwischen der Stabilität der Währung** (das ist Geld als Gattung) und der **Dauerhaftigkeit des Geldscheines**. Genauso ist es bei den Waren. Es ist z. B. durchaus denkbar, dass ein Zentner Kartoffeln am 01.10.1994 den gleichen Preis hat wie am 01.10.1995. Aber für den konkreten Sack Kartoffeln, den ich am 01.10.1995 einlagere, bekomme ich am 01.10.1996 nichts mehr, weil die Kartoffeln inzwischen verfault sind. So muss man erreichen, dass die Kaufkraft von 100 DM für alle Zeiten gleich bleibt. Das bedeutet aber nicht notwendig, dass ich für einen heute erworbenen konkreten 100-DM-Schein nach 10 Jahren noch ebensoviel Waren kaufen kann, wenn ich ihn im Tresor einlagere. Nur, wenn ich ihn verleihe, dann will ich nach 10 Jahren die gleiche Kaufkraft zurückerhalten, so wie mein Nachbar, dem ich am 01.10.1995 einen Sack Kartoffeln für ein Jahr geliehen habe, mir am 01.10.1996 ja auch nicht meine inzwischen verfaulten Kartoffeln zurückgibt, sondern solche neuer Ernte. Man erreicht dieses Ziel, indem man alle umlaufenden Geldeinheiten mit einem Nennwertverlust, einer Geldgebuhr, belegt. Diese trifft nur den jeweiligen Besitzer von liquide gehaltenem Geld (Bargeld und Sichtguthaben), nicht den Sparer. Sie treibt ihn dazu, das Geld entweder selbst auf den Markt zu bringen oder an einen anderen, der es seinerseits zum Kaufen verwendet, zu verleihen, am bequemsten durch Einschaltung einer Bank.

Durch diese Geldgebuhr (Liquiditatsgebuhr) erreicht man, dass der Geldumlauf verstetigt und die effektive Umlauffrequenz des Geldes im Wesentlichen konstant bleibt. Dann aber kann man die Kaufkraft des Geldes verhältnismäßig leicht stabilisieren, indem man den Durchschnittspreis beobachtet und die Geldemission danach einrichtet. Die schon heute sehr eingehende Preisstatistik gibt dann einen zuverlässigen Maßstab dafür, in welchem Umfang Geld auszugeben oder einzuziehen ist. Diese Bindung der Emission an den Index muss durch verfassungsrechtliche Vorschriften gesichert werden. Die Währung gehört zu den allerwichtigsten Grundlagen des staatlichen Gemeinwesens, sie kann nicht der durch zufällige Parlamentsmehrheiten leicht abanderbaren gewöhnlichen Gesetzgebung überlassen bleiben. Die Ereignisse von 1923, 1930 und 1948 haben gezeigt, wie durch währungspolitische Maßnahmen das Sozialgefüge völlig umgewandelt werden kann.

Was leistet das „dienende Geld“, das Gesell „Freigeld“ nannte?

1. Es ermöglicht, wie gezeigt, die stabile Währung, vermindert damit das Risiko langfristiger Geldanlagen und verwirklicht die soziale Gerechtigkeit.
2. Es ermöglicht die Vollbetriebswirtschaft, weil es immer auf dem Markt ist und für den Absatz der produzierten Waren sorgt. Bei einer Erhöhung der Produktion (Vermehrung des Angebots) wird zum Ausgleich der sofort erkennbaren preis-sinkenden Tendenz entsprechend mehr Geld in den Verkehr gegeben. Die ungehemmte Produktion ermöglicht eine Ausweitung der Produktionsstätten, sodass

sich die Produktion dem menschlichen Bedarf annähert (Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes).

3. Es beseitigt aber auch einen großen Teil des arbeitslosen Einkommens. Wie diese Wirkung des Freigeldes zustande kommt, soll nunmehr untersucht werden.

Leistungsloses Einkommen ist, was jemand allein aufgrund von Kapitalbesitz ohne eigene Arbeitsleistung aus dem Sozialprodukt, das ja Arbeitsergebnis ist, erhält. Es tritt in mannigfaltiger Form auf: als Darlehnszins, als Grundrente, als Dividende, als Gewinnanteil eines Geschafters (soweit darin nicht der Lohn für Mitarbeit enthalten ist), oder als Konjunkturgewinn (Spekulationsgewinn).

Was zunächst die **Konjunkturgewinne** betrifft, die jemand durch Ausnutzung des Gefälles zwischen Zeiten hoher Preise (Hausse) und solchen niedriger Preise (Baisse) erzielt, so ist es klar, dass diese bei Stabilisierung des Preis- und damit Wirtschaftsniveaus wegfallen bis auf Gewinne, die bei Schwankungen im Verhältnis einzelner Wirtschaftszweige zueinander (Eisenbahn und Schifffahrt, Wolle und Kunstfasern usw.) entstehen.

Verhältnismäßig einfach liegen auch die Verhältnisse beim **Darlehnszins**. Schon Proudhon hatte den Zins darauf zurückgeführt, dass der Besitzer von überschüssigem, also verleihbarem Geld durch den Zins zur Hergabe des Geldes veranlasst werden müsse, weil das Geld, nicht wie die Ware einem Angebotszwang unterliege. Auf dem Darlehnsmarkt, der ja auch dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt, ist der Geldbesitzer von vornherein durch diesen Umstand im Vorteil. Der Zins ist der Ausdruck dieses Vorteils. Damit, dass der Angebotszwang des Geldes geschaffen wird, entfällt er. Das gilt nun aber nur für denjenigen Teil des Zinses, den Gesell als „Urzins“ bezeichnet. Daneben enthält der Darlehnszins noch eine Gebühr für die Tätigkeit der Bank, eine Risikoprämie (für den Fall späterer Insolvenz einzelner Schuldner der Bank) und eine Hausseprämie, das ist in Zeiten steigender Preise ein Aufgeld, durch welches dem Darlehnsnehmer ein Teil des zu erwartenden Kaufkraftgewinns (er zahlt ja Geld minderer Kaufkraft zurück) entzogen werden soll. Dieser letztere Umstand erklärt zum Teil die hohen Zinssätze in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg, wie auch der Jahre um 1927. Die Hausseprämie entfällt mit der Kaufkraftstabilisierung; die Risikoprämie bis auf einen unbedeutenden Rest mit der Sicherung gegen allgemeine Krisen, der Urzins mit der Umlaufsicherungsgebühr. Was bleibt, ist die Bankgebühr, die ja Arbeitslohn ist und deshalb erhalten bleiben muss.

(Anmerkung: Noch genauer lassen sich die Verhältnisse darstellen, wenn man den hier als „Hausseprämie“ bezeichneten Zinsanteil in einen Knappheitsaufschlag und einen Inflationsaufschlag unterteilt. Unter konstruktiv umlaufgesicherten Verhältnissen entfällt sowohl der Urzins als auch der Inflationsaufschlag, während der Knappheitsaufschlag, der sowohl positiv als „Belohnung für Konsumverzicht“ als auch negativ als „Bestrafung für Investitionsverzicht“ in Erscheinung treten kann, als präzises Steuerungsinstrument zwischen Kreditangebot und Kreditnachfrage neben der verminderten Risikoprämie erhalten bleibt. Ich habe dies ausführlich in dem Artikel [Der Zins - Mythos und Wahrheit](#) beschrieben.)

Nun zeigt es sich, dass es neben dem Geld und dem Boden auch noch andere Wirtschaftsgüter gibt, die Zins abwerfen. Hier sprechen wir vom so genannten Realkapital oder Sachkapital. Der Begriff fällt im Wesentlichen zusammen mit dem marxistischen Begriff der

„Produktionsmittel“, als da sind Fabrikgebäude, Zechen, Werkstätten, Maschinen, Einrichtungen von Landgütern usw. Hinzu kommen Anlagegüter anderer Art: Transportmittel, Mietshäuser usw. Sie werfen Rendite in verschiedenster Form ab. Für den Einzelunternehmer und den Gesellschafter steckt sie – neben dem Lohn für die betriebsleitende Arbeit – im Geschäftsgewinn, für den Aktionär in der Dividende oder in der Erhöhung des Kurswertes seiner Aktie, falls das Unternehmen den Gewinn investiert.

Die Erklärung für die Rendite (Sachkapitalzins) ist, ebenfalls einem Gedankengang Gesells folgend, darin zu suchen, dass in dem Sachkapital eine entsprechende Menge verzinslichen Geldkapitals realisiert ist. Ein Beispiel soll dies erläutern: Angenommen, ein Unternehmer (Fachmann einer bestimmten Branche) hat 1.000.000 DM Startkapital zur Verfügung, um es in einen Produktionsbetrieb dieser Branche zu investieren. Dazu stellt er folgende Überlegung an: Wenn er sein Finanzkapital langfristig verleiht, bringt es ihm 50.000 DM Zinsen. Er wird also die Fabrik nur dann errichten, wenn er dabei außer dem Entgelt für seine Arbeitsleistung noch mindestens 50.000 DM Rendite (Sachkapitalzins) erzielen kann. Nun rechnet er sich unter Berücksichtigung der erzielbaren Verkaufspreise, der Rohstoffpreise, der Löhne usw. aus, ob er diese Mindestrendite erwarten kann. Nur im Bejahungsfall baut er die Fabrik. Durch deren Produktion erhöht sich nun die Warenmenge in dieser Branche und beeinflusst damit die Preise. Die Folge davon ist, dass die Neuerrichtung von Fabriken in dieser Branche dann aufhört, wenn das Preisverhältnis nicht mehr die Rendite gestattet, die dem Urzins des Geldes entspricht. Auf diese Weise schafft der Urzins eine „Rentabilitätsgrenze“ für das Sachkapital, er sorgt für eine permanente Mangellage (struktureller Sachkapitalmangel), was wiederum in das Problem der Vollbetriebswirtschaft eingreift. Der **Zins des Sachkapitals** (Sachkapitalzins) ist also ein **abgeleiteter Zins**. Er folgt automatisch dem Urzins des Geldes und fällt immer wieder auf diesen zurück. Schwindet der Urzins durch die Liquiditätsgebühr (konstruktive Geldumlaufsicherung), dann folgt die Investition in weiteres Sachkapital solange nach, bis der Sachkapitalzins ebenfalls geschwunden ist, also nicht schlagartig, sondern allmählich.

Faktor „Buchgeld“ (Sichtguthaben)

Es soll noch erklärt werden, weshalb bei der Formel der bereinigten Quantitätstheorie der Faktor „Buchgeld“ praktisch vernachlässigt werden kann. Unter „Buchgeld“ versteht man die Guthaben auf Girokonten, so genannte täglich verfügbare Geldansprüche, die man durch Scheck oder Überweisung zum Bezahlen verwenden kann. Wenn dieses Buchgeld, wie die Erfahrung zeigt, die Funktion des Bargeldes teilweise übernehmen kann, dann setzt das logisch voraus, dass es wie dieses nicht beliebig vermehrbar ist. Und so verhält es sich in der Tat: Die Grenzen setzt der Bargeldbestand. Buchgeld entsteht neu, wenn Bargeld auf ein Girokonto eingezahlt wird; von dort kann es dann allerdings ohne Bargeld weiterlaufen. Deshalb ist der **Buchgeldumlauf** zwar nicht streng mathematisch, aber doch mit praktischer genügender Genauigkeit **vom Bargeldumlauf abhängig**. Es muss aber noch die Frage geprüft werden, ob sich das etwa ändert, wenn das Zentralbankgeld der Umlaufsicherungsgebühr unterworfen wird.

(Anmerkung: Da es hier immer wieder zu schweren Missverständnissen und unsinnigen Behauptungen gekommen ist, weil studierte „Wirtschaftsexperten“ von einer hypothetischen „Geldschöpfung der Geschäftsbanken“ träumen und darum nicht mehr wissen, was Geld ist,

wird diese Frage in dem gesonderten Artikel „Nebel im Senf“, der am Ende dieses Textes verlinkt ist, ausführlich und erschöpfend beantwortet.)

Die Lösung der Bodenfrage

Um die soziale Frage vollständig zu lösen, bleibt noch das **Problem der Grundrente** zu erörtern. Diese beruht als mit dem Eigentum am Boden verbundenes, leistungsloses Einkommen auf dem Umstand, dass der Boden wie das Geld der Wirtschaft unentbehrlich ist, nicht beliebig vermehrt werden kann und keinem Angebotszwang unterliegt. Die Höhe der Grundrente, die auf eine bestimmte Bodenfläche entfällt, ist äußerst verschieden und hängt von zahlreichen Umständen ab: der Bevölkerungsdichte, der Verkehrerschließung, der landwirtschaftlichen Qualität usw. Die Grundrente ist nicht, wie der Sachkapitalzins, abhängig vom zum Erwerb aufgebrauchten Geldbetrag, da der Boden schon seiner Natur nach Rente abwirft und nicht, wie die Fabrik, erst durch Geldinvestition geschaffen wird. Hier hängt nicht der Zins von einem Kapitalbetrag ab, sondern umgekehrt: das Grundstück erzielt einen bestimmten Preis, weil es eine entsprechende Rente abwirft.

Da der Boden nicht, wie das Geld, mit einem Angebotszwang versehen werden kann, besteht keine Möglichkeit, die Grundrente zu beseitigen. Man kann sie nur sozialisieren; d. h. der Gemeinschaft zukommen lassen. Die **Verstaatlichung des Bodens bedeutet aber nicht staatliche Bewirtschaftung**. Der Staat kauft den jetzigen Eigentümern ihre Grundstücke zum vollen Marktpreis ab, allerdings nicht gegen Bargeld, sondern gegen veräußerliche und nach dem allgemeinen Zinssatz für langfristige Staatsanleihen verzinsliche Schuldbriefe. Die Grundstücke werden daraufhin zur privaten und privatwirtschaftlichen Nutzung verpachtet, wobei die bisherigen Eigentümer ein Vorpachtrecht erhalten. Die Bodennutzung wird also nicht verändert, sondern nur die Eigentumsverhältnisse. Die zukünftige Bodennutzung wird durch Versteigerung von Nutzungsrechten an den jeweils Meistbietenden geregelt. Die Bodenrente wird nach Anzahl der unmündigen Kinder aufgeteilt und als Kinderrente an die Erziehungsberechtigten ausgezahlt. Damit kommt sie allen Menschen zugute, weil jeder einmal Kind ist. Die Kinderrente gleicht in etwa die Erziehungskosten aus, um die freie Entscheidung für ein Kind unabhängig von den individuellen wirtschaftlichen Verhältnissen zu machen. Zudem stellt sie eine von politischer Willkür befreite sowie verlässliche und konstante Größe dar, weil die Bodenrente sich in etwa proportional zur Bevölkerungsdichte entwickelt.

Sobald der Zinsfuß in der Vollbetriebswirtschaft durch die Geldumlaufsicherung um Null pendelt, kann der Staat die Schuldbriefe ohne nennenswerte Belastung für den Steuerzahler innerhalb von etwa 20 Jahren tilgen.

(aus „**Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren**“ in „Der dritte Weg“, Okt. u. Nov. 1995)

Wie Sir Arthur Charles Clarke in „Profile der Zukunft“ vorhersagte (kein ernstzunehmender Wissenschaftler hat es je gewagt, an seinen prophetischen Worten zu zweifeln), wird die Zeit kommen, „wo die Mehrzahl unserer gegenwärtigen Kontroversen auf diesen Gebieten (Politik und Wirtschaft) uns ebenso trivial oder bedeutungslos vorkommen werden wie die theologischen Debatten, an welche die besten Köpfe des Mittelalters ihre Kräfte verschwendeten.“ Mit der Korrektur unserer seit jeher fehlerhaften Geld- und Bodenordnung durch eine freiwirtschaftliche Geld- und Bodenreform – und damit der Befreiung der Marktwirtschaft vom parasitären Gegenprinzip des Privatkapitalismus – wird diese Zeit anbrechen. Um sie hinauszuzögern und weiterhin mit Kinderkram beschäftigt zu bleiben, konstruieren studierte „Wirtschaftsexperten“ idiotische (ein Idiot ist jemand, der öffentliche und private Interessen nicht voneinander trennen kann) Gedankenexperimente bezüglich einer angeblichen „Geldschöpfung der Geschäftsbanken“, damit der wirkliche Fehler im „Geld, wie es (noch) ist“ (Zinsgeld) für alle, die sich von diesem Unsinn ablenken lassen, unverständlich bleibt, und damit das fehlerfreie „Geld, wie es sein soll“ (Freigeld) gar nicht erst angedacht wird. Die von der Masse gewählten „Spitzenpolitiker“ lassen sich wiederum nur zu gern von diesem Unsinn zusätzlich verwirren, denn auch sie wollen sich weiterhin mit „theologischen Debatten des Mittelalters“ beschäftigen.

Die Gedankenexperimente dieser „Experten“ beruhen auf der gedankenlosen Verwechslung von Geld (Zentralbankgeld = Bargeld plus Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken) und Ansprüchen auf Geld mit unterschiedlicher Fristigkeit („Geldmengen“ M1, M2, M3...), was ebenso unsinnig ist wie etwa die Addition der Büchermenge in einer Bücherei mit der Summe der Buchausleihungen. Wer heute „moderne Volkswirtschaftslehre“ studiert, muss diesen Unsinn unreflektiert übernehmen, oder er darf seine Klausuren nicht bestehen. Die Gedankenwelt „etablierter Ökonomen“ (große Dummschwätzer) ist damit so verworren und ihre Aussagen sind so dermaßen irrational geworden, dass sie sich jeder sinnvollen Kritik bereits weitestgehend entziehen: [Der Unsinn antwortet](#)

Daneben gibt es auch kleine Dummschwätzer, die einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht haben und nicht, wie die „etablierten Ökonomen“, total verdummt sind, um anhand ihrer bereits von Ihnen selbst einigermaßen auf den Punkt gebrachten, zentralen Denkfehler die wirklichen Zusammenhänge zu erklären: [Nebel im Senf](#)

Ohne die schnellstmögliche und zugleich durchdachte Durchführung einer konstruktiven Geldumlaufsicherung in Verbindung mit einem allgemeinen Bodennutzungsrecht (freiwirtschaftliche Geld- und Bodenreform) kann die "Finanz- und Schuldenkrise" (beginnende globale Liquiditätsfalle) nicht überwunden werden – und schließlich wäre der atomare 3. Weltkrieg (die Frage "Wer gegen wen?" ist dabei irrelevant) nicht zu verhindern!

Stefan Wehmeier, 21. Januar 2013

[Arbeitsgemeinschaft Neues WirtschaftsWunder](#)